

epd Nachrichten

Nr. 135 vom 09.11.2020

Kindergärten kritisieren "Ansagen" der Politik

Bremen (epd). In der Balance zwischen Betreuungszeiten und Gesundheitsschutz der Beschäftigten fordern die evangelischen Kindertagesstätten in Deutschland von der Politik mehr Spielräume und weniger "Ansagen". "Es bleibt eine hohe Belastung für die Fachkräfte, den Kita-Betrieb unter Pandemiebedingungen aufrechtzuerhalten", sagte der Vorstandschef der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder, Carsten Schlepper, am Freitag in Bremen dem epd.

"Möglicherweise muss eine Frühbetreuung wegfallen, damit wir überhaupt Zeit finden, den jetzt deutlich arbeitsintensiveren Tag zu organisieren", gab der kirchliche Kita-Experte ein Beispiel. Andererseits sei der Druck einiger Eltern spürbar, die trotz Corona-Krise einen nahezu uneingeschränkten Regelbetrieb forderten.

Diese Forderung werde an die Politik weitergegeben und komme von dort wieder in die Einrichtungen. "Vom Grundsatz her gehen wir gerne mit, wenn es darum geht, die Kitas offenzuhalten", betonte der Verbandschef, der auch Leiter des Bremer Landesverbandes Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder ist. Er fügte hinzu: "Wir brauchen aber mehr Differenzierung."

In den Bundesländern gibt es Stufenpläne, in denen geregelt ist, wie vor dem Hintergrund regionaler Infektionszahlen Gruppen und Personaleinsatz in den Kitas organisiert werden sollen - angefangen von nahezu Vollbetrieb über eingeschränkten Regelbetrieb bis zur Notbetreuung. Dieses Raster ist nach Darstellung der Bundesvereinigung nicht flexibel genug.

Es wecke bei einigen Eltern eine Erwartungshaltung, die Einrichtungen in Erklärungsnot bringe, berichtete Schlepper nach einer digitalen Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung und ergänzte: "Pädagogik lässt sich nicht über den Gesundheitsschutz stellen."

Grundsätzlich müsse vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Frühjahr unbedingt dafür gesorgt werden, dass alle Kinder zumindest zeitweise ihre Kita besuchen könnten, betonte Schlepper. Das dürfe nicht nur für Kinder von berufstätigen Eltern gelten. Der Anspruch auf frühe Bildung für alle Kinder habe Vorrang vor der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gleichzeitig werde durch die Krise deutlich, wie sehr das Kita-System auf Kante genäht sei: "Zu wenig qualifiziertes Personal, zu geringe Personalausstattung und aufgrund der Zugehörigkeit zur Risikogruppe nicht einsetzbare Fachkräfte bringen die Kita-Betreuung an den Rand des Möglichen."

Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder ist eine Fachgliederung der Diakonie. Sie vereint 19 Mitgliedsverbände mit bundesweit 9.800 Einrichtungen. Dort arbeiten eigenen Angaben zufolge mehr als 115.000 Beschäftigte für 550.000 Kinder im Alter bis zu zwölf Jahren. (6222/06.11.20)
epd Inb sel bjs